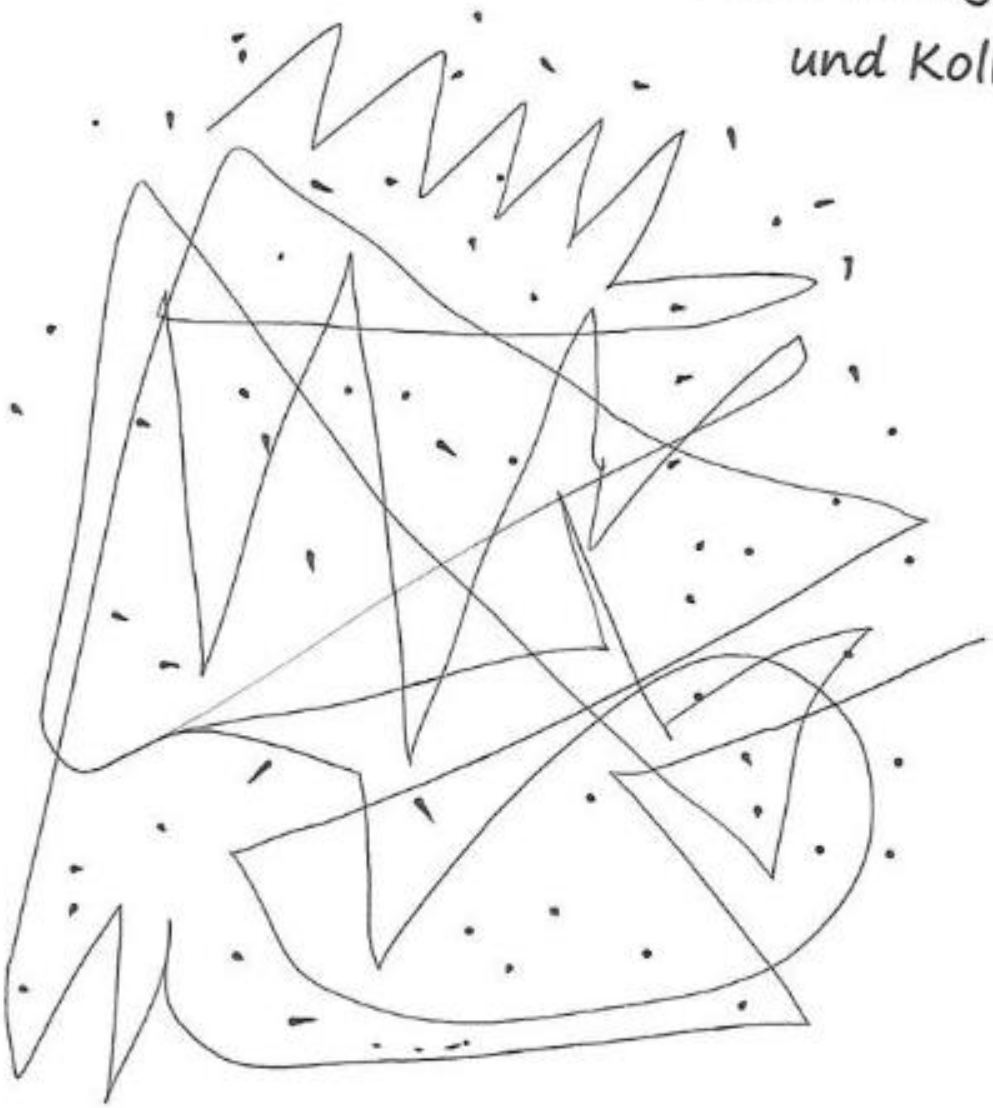
Gewerkschafter/innen
gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien

www.atomgegner.at **Nr. 4 / Dezember 2022** www.prodemokratie.com

Liebe Kolleginnen
und Kollegen!



Die Welt um uns erscheint zerrüttet und beschädigt, Menschen leiden, werden ausgenützt und versklavt, verlieren ihre Würde!
Mit unserem ungebrochenen Willen für eine positive Veränderung und in dem Bewusstsein, dass wir gemeinsam stärker sind als alle bedrückenden Kräfte, wollen wir nach den Feiertagen wieder dazu beitragen, dass Menschen aufatmen können. Kommt und erschaffen wir eine gute Zukunft!

woanders

Es gibt ja die idee,
dass eine gruppe
von menschen die
alles haben und die
diese erde die sie
unbewohnbar
gemacht haben
verlässt um einen
exoplaneten den die
nachkommen
der jetzt gestarteten
in hunderten
von jahren
erreichen werden
anzusteuern um dort
ein neues leben
anzufangen skeptiker
behaupten dass diese
gruppe falls sie den
planeten den
sie ansteuert erreicht
mit sicherheit
ebenfalls zerstören
und unbewohnbar
machen wird
das experiment
der bewohnbarkeit
eines planeten
kann sofort
gestartet werden:

HIER

UND

JETZT

Klimachance-Lebenschance

Wir haben in dieser Spalte bereits über Initiativen in Bogota und Seoul berichtet. Diesmal sind zwei kleine Gemeinden im Süden von Wien an der Reihe: Die etwas mehr als 4 km lange Verbindungsstraße zwischen Achau und Hennersdorf wurde kürzlich für den motorisierten Verkehr gesperrt und mit einem Riesenfest erfüllt: Wettbewerbe für Kinder, Gaukler, Maler, Impfbus, Blutspendebus, 1.Hilfe Anleitung, Fotostation, Radgenerator zur Stromerzeugung, Kinderbaustelle usw. usw. Dadurch, dass die Straße relativ schmal ist, das Verkehrsaufkommen angestiegen ist, Autofahrer mit hoher Geschwindigkeit dahersausen ist z.B. wenig Platz zum Überholen von Radfahrern, Fußgängern, Joggern, Inline-Skatern usw. Der Schulbus, der die Kinder der beiden Gemeinden befördert fährt aus diesem Grund eine andere Route. Ziel der Aktion, die jedes Jahr wiederholt werden soll, ist es, ein Bewusstsein zu schaffen, wie öffentlicher Raum für möglichst viele Gesellschaftsgruppen alternativ zum ausschließlichen Autoverkehr genutzt werden kann. Letztlich geht es der Initiative, die in beiden Gemeinden verankert ist, darum, dieses kleine Stück Straße inmitten einer lieblichen Landschaft für den motorisierten Verkehr zu sperren und Radfahrern, Joggern, Spaziergängern, Inline-Skatern, Nordic-Walkern Raum zur ungefährdeten Bewegung und Entfaltung zu geben! Die politisch Verantwortlichen beider Gemeinden haben die Festverantaltung begrüßt. Ob deshalb rascher eine Sperre für den motorisierten Verkehr möglich sein wird, bleibt offen. Die Aktivisten werden jedenfalls nicht so leicht nachgeben, denn Menschen sind wichtiger als der Autoverkehr!

Der Krieg in der Ukraine

Die Welt war noch nie seit dem Ende des 2. Weltkrieges so nahe an einem großen Krieg, an einem Krieg in Europa, ja an einem Weltkrieg. Und was macht das per Verfassung immerwährend neutrale Österreich? Regierung samt Bundespräsident wirken nicht gegen eine Eskalation, sondern machen mit bei der Kriegshetze und Kriegstreiberei – zum Schaden der österreichischen Bevölkerung.

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist durch nichts zu rechtfertigen und sofort zu stoppen. Wir sind in der instabilsten geopolitischen Situation seit Jahrzehnten, es droht sogar der nukleare Abgrund! Zuletzt forderte der ukrainische Präsident Selenskyj vom Westen / NATO einen atomaren Präventivschlag gegen Russland.

Wir haben keinerlei Interesse, Russlands Krieg zu entschuldigen. Doch auf Putins Invasion in der Ukraine haben die USA seit langem hingearbeitet und alles dazu beigetragen, dass sie stattfindet.

„Die USA hätten Russlands Krieg leicht verhindern können, *indem sie drei Dinge getan hätten: die Umsetzung der acht Jahre alten Friedensabkommen von Minsk erzwingen, die rechtsextremen ukrainischen Milizen auflösen ... die Ukraine sollte nicht der NATO beitreten, die US-Raketen in Polen und Rumänien und die NATO-Truppen in Osteuropa müssten abziehen."* (aus: Biden Confirms Why the US Needed This War, March 27, 2022. Joe Lauria; https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap).

All das hatten die USA nie vor, im Gegenteil! Deshalb fingen sie schon im Dezember 2021 an, eine Invasion herbeizureden. Die USA weigerten sich, die Raketen abzuziehen und schickten provokativ noch mehr NATO-Truppen nach Osteuropa.

Die Medienberichterstattung bei uns in Europa zum Ukraine-Krieg ist das bisher extremste Beispiel von Lügen, Verdrehungen, Verkehrung ins Gegenteil, fake news. Es ist ein Propagandafeldzug wie wir ihn bisher nur von Autokratien kannten, es ist ein großer Schritt in eine „Demokratur". Wir sollen so reif gemacht werden, weitere Krisenfolgen und letztlich Krieg zu akzeptieren.

Putin wurde schon viele Jahre zum Sündenbock aufgebaut. Putins Krieg wird nun zum Anlass für den „Feldzug gegen das Böse schlechthin" genommen: Russland bedrohe ganz Europa, ja auch Asien und die ganze Welt. Das passt in die USA-Kriegspläne, Eroberungspläne, Weltmachtpläne. Nur durch dieses Bedrohungsszenarium war und ist es möglich, strengste Sanktionen gegen Russland zu verhängen, um Russland zu bestrafen. Das Ziel dabei ist, das russische Volk dazu zu bringen, sich gegen Putin zu erheben, um letztlich wieder eine, dem westlichen Kapital dienende Marionette wie Jelzin es war, zu installieren (siehe: „Biden bestätigt, warum die USA diesen Krieg braucht". 27. März 2022, Joe Lauria). Nur durch dieses Bedrohungsszenarium könnten die Menschen, sei es in den USA, sei es in Europa dazu gebracht werden, die Kosten der ungeheuren Aufrüstung, den Krieg hinzunehmen oder sogar gutzuheißen.

Alle Krisenfolgen werden ebenfalls auf Putin geschoben. Die kapitalistische Spekulation an den diversen Rohstoffbörsen, die z.B. die Energiepreise ins Unermessliche steigen lassen, werden ebenfalls Russland angelastet. Doch es ist vor allem die Spekulation auf den Finanzmärkten, die Reiche noch reicher werden lässt. Vor allem das hat die Preise für Rohöl bzw. für Gas verdreifacht bis verfünffacht.

Die vorherrschenden Kreise des US-Finanzkapitals und ihre Regierung steuern auf einen Krieg gegen Russland und China zu.

Geht es nach ihnen, sollen die EU-Staaten, d.h. europäische Soldaten, vor allem deutsche, wieder gegen Russland marschieren. Auch Österreicher sollen mitmarschieren. Marschieren in diesen nächsten großen Krieg um Rohstoffquellen und Einflusssphären.

Marschieren in den III. Weltkrieg?!

„Die Welt steht am Rande einer nuklearen Katastrophe ...". Die westlichen Führer behaupten, dass *„der Westen edel sei, während Russland und China böse seien ... Das ist ein Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren … Die Ironie besteht darin, dass die USA seit 1980 in mindestens 15 Kriegen im Ausland involviert waren (Afghanistan, Irak, Libyen, Panama, Serbien, Syrien und Jemen, um nur einige zu nennen), während China in keinem und Russland nur in einem (Syrien) außerhalb der ehemaligen Sowjetunion war. Die USA haben Militärbasen in 85 Ländern, China in drei und Russland in einem (Syrien) außerhalb der ehemaligen Sowjetunion … Die übersteigerte Angst*

vor China und Russland wird der westlichen Öffentlichkeit durch Manipulation der Fakten verkauft. Eine Generation zuvor verkaufte George W. Bush Jr. der Öffentlichkeit die Idee, Amerikas größte Bedrohung sei der islamische Fundamentalismus, ohne zu erwähnen, dass es die CIA war, die zusammen mit Saudi-Arabien und anderen Ländern die Dschihadisten in Afghanistan, Syrien und anderswo geschaffen, finanziert und eingesetzt hatte, um Amerikas Kriege zu führen ...“ (Jeffrey Sachs*, USA: Das falsche Narrativ** des Westens über Russland und China, 21. Sept. 2022).

Der Ukraine-Krieg ist nicht zu verstehen ohne die Geschichte der Ukraine seit 2014 und schon lange davor.

Und Jeffrey Sachs* weiter: ***„Das westliche Narrativ** über den Ukraine-Krieg ist, dass es sich um einen unprovozierten Angriff Putins handelt, der das russische Imperium wiederherstellen will.***

Die wahre Geschichte beginnt jedoch mit dem Versprechen des Westens an den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, die Nato werde sich nicht nach Osten erweitern, gefolgt von vier Wellen der Nato-Erweiterung: 1999 wurden drei mitteleuropäische Länder aufgenommen, 2004 sieben weitere, darunter die Schwarzmeerländer und die baltischen Staaten, 2008 wurde die Erweiterung um die Ukraine und Georgien zugesagt, und 2022 Einladung von vier Staats- und Regierungschefs aus dem asiatisch-pazifischen Raum in die Nato, um China ins Visier zu nehmen … Die westlichen Medien erwähnen auch nicht die Rolle der USA beim Sturz des prorussischen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Jahr 2014, das Versäumnis der Regierungen Frankreichs und Deutschlands, der Garanten des Minsk-II-Abkommens, die Ukraine zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu drängen, die umfangreichen US-Rüstungslieferungen an die Ukraine während der Regierungen Trump und Biden im Vorfeld des Krieges sowie die Weigerung der USA, mit Putin über die Nato-Erweiterung um die Ukraine zu verhandeln.“ (Jeffrey Sachs*, USA: Das falsche Narrativ** des Westens über Russland und China, 21. Sept. 2022)

Ukraine und USA-Geopolitik

Bezüglich des Putsches in der Ukraine und der Annexion der Krim sagte **US-Präsident Barack Obama 2015:** *„Mr. Putin hat seine Entscheidung bezüglich der Krim und der Ukraine – nicht aus einer großen Strategie heraus getroffen, sondern letztlich weil er durch die Proteste am Maidan und der Flucht von Janukowitsch aus der Balance geriet, nachdem wir einen Deal der Machtübergabe in der Ukraine bewerkstelligten.“* (Fareed Zakaria, CNN 1. Feb. 2015, in: Der Freitag 02. Feb. 2015).

„Im Zentrum all dessen steht der Versuch der USA, die Hegemonialmacht der Welt zu bleiben, indem sie ihre Militärbündnisse in der ganzen Welt ausbauen, um China und Russland einzudämmen oder zu besiegen.“ (Jeffrey Sachs*, USA: Das falsche Narrativ** des Westens über Russland und China, 21. Sept 2022).

Einer der führenden US-Think Tanks, Stratfor, Schatten-CIA genannt, berät seit Jahrzehnten die größten Konzerne, Hedge-Fonds, staatliche Dienste wie die US-Marine, US-Geheimdienste, US-Militärs usw. Der Leiter dieses privaten US-Nachrichtendienstes George Friedman nannte im Dezember 2014 den Putsch in der Ukraine mit dem Sturz des gewählten Präsidenten Janukowitsch den *„unverhülltesten Staatsstreich der Geschichte“* (Robert Parry, consortiumnews.com 6. Jän. 2015).

Und Georg Friedman in einem Interview 2015: *„Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt“... Die große Angst der Vereinigten Staaten war schon seit Jahrzehnten, dass deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft vereint werden könnten.“* (George Friedman, https://youtu.be/QeLu_yyz3tc 17. März 2015).

Einflussreiche Neokonservative, wie Carl Gershman hatten schon 2013 die Ukraine den *„größten Preis“* bezeichnet und als wichtigen Schritt, Russlands Präsident Putin zu stürzen. Gershman, Präsident des NED (National Endowment for Democracy), einer Organisation, die vom US-Kongress ca. 100 Millionen Dollar pro Jahr erhält, finanziert Projekte in der Ukraine wie Training von Aktivisten, Bezahlung von Journalisten, Organisieren von Firmengruppen.

Gershman schrieb: *„Die Wahl der Ukraine sich Europa anzuschließen wird das Ableben der Ideologie des russischen Imperialismus, den Putin repräsentiert, beschleunigen. Auch die Russen haben dann eine Wahl und es kann sein, dass sich Putin dann am Ende als Verlierer nicht nur außerhalb Russlands sondern auch in Russland selbst wiederfindet.“* (Carl Gershman, The Washington Post, 2013)

NED macht ganz offen, was der CIA nur im Geheimen tut: einen Regimewechsel in der Ukraine zu betreiben (David Ignatius, The Washington Post, 2013). Fünf Milliarden Dollar hat die USA nach Angaben ihrer damaligen für Osteuropa zuständigen Staatssekretärin im US-Außenministerium, Viktoria Nuland, investiert, um in der Ukraine 2014 eine ihr genehme Regierung an die Macht zu bringen (https://www.youtube.com › watch?v=U2fYcHLouXY).

Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA-NATO-Interessen in Europa und Russlands Interessen

Wir dürfen nicht auf einem Auge blind sein. Die Gefahr kommt nicht nur vom Osten, sondern auch vom Westen, von der USA/NATO- und EU-Militarisierung – inklusive des nun auch massiv aufrüstenden Deutschlands. Immer mehr lassen sich die EU-Staaten in die USA-NATO-Aufrüstungs- und Kriegsspirale hineinziehen. Mit allen ökonomischen und sozialen Folgen und Lasten für die Bevölkerungen Europas. Die Krisenfolgen werden mehr denn je auf die Masse der Menschen abgewälzt. Nach den Folgekosten der Pandemie steigen nun die Preise für Wohnen, Lebensmittel, Energie enorm! Die riesige Teuerung der Lebenshaltungskosten ist für immer mehr Menschen nicht verkraftbar.

Die einzige Supermacht, die USA, der privatkapitalistische Staat mit seinen Dollar-Milliardären und einem Militärbudget von 700 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt, (inklusive NATO ca. 1.000 Milliarden Dollar Jahresbudget), steht Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären, mit einem Jahresmilitärbudget von 60 Milliarden Dollar gegenüber.

Die USA streben seit langem an, die Regierung Russlands, das Land mit den größten Energievorräten und mit der größten geostrategischen Bedeutung für Eurasien, zu stürzen und eine ihnen genehme Regierung zu installieren, die das Land dem westlichen Privatkapital ungehemmt öffnet.

US-Präsident Joe Biden sagte am 24. Feber und am 4. März dieses Jahres auf die Frage, ob die Sanktionen gegen Russland irgendetwas verhindern würden, was Russland macht u.a.: *„Wir müssen Entschlossenheit zeigen, damit Putin weiß, was auf ihn zukommt und dass das russische Volk versteht, was er ihm angetan hat … Ich habe nie gesagt, dass die Sanktionen ihn abhalten würden. Sanktionen verhindern niemals etwas. Das Aufrechterhalten der Sanktionen über Monate, über das ganze verbleibende Jahr. Das wird ihn stoppen.“* (aus: Joe Lauria, https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap

Und am 1. März 2022 sagte der Sprecher von Boris Johnson, der die USA-Politik voll mitmachte, ganz direkt**:**

„Was wir, große Teile der Welt, in die Wege leiten ist, das Putin-Regime zu stürzen“.

(https://www.businessinsider.com/russia-sanctions-meant-bring-down-putin-says-uk-2022-2)

Es geht unter anderem auch um riesige Energievorräte, ums Öl, ums Gas

Nach dem II. Weltkrieg haben die damals führenden Öl-Giganten, die US-amerikanischen und britischen Öl-Konzerne, Exxcon, Mobil, Chevron, BP und Shell ein globales Öl-Preis Monopol geschaffen. Der einstige US-Außenminister Henry Kissinger sagte einmal: *„Kontrolliere das Öl und du kontrollierst ganze Staaten.“*

Seit den 1980iger Jahren hat die Wall Street, die größte Finanzbörse der Welt, unter der Führung von Goldman Sachs einen neuen Markt in „Papier-Öl“ geschaffen. D.h., unter der Führung von Großbanken in New York und London wurde ein großes „Casino“ von riesigen spekulativen Profimöglichkeiten auf Öl geschaffen, die Milliardengewinne bringen.

Seit langem planten die Großbanken im Auftrag ihrer superreichen Kunden, auch eine Liberalisierung des Naturgas-Marktes in Europa – des zweiten riesigen Energieträgers bzw. Profitbringers.

Seit 2019 arbeitet auf Betreiben der Wirtschaft die EU-Kommission auf einen völlig deregulierten Gasmarkthandel in den europäischen Staaten hin. Der größte Marktplatz für Erdgas in Europa ist seit 2020 der holländische TTF (Title Transfer Facility). Doch derzeit werden auf der Erdgasbörse TTF nur rund 10% des in Europa verbrauchten Erdgases frei gehandelt, d.h. unterliegen der Spekulation. Das ist den Profithaien natürlich zu wenig! (aus: https://www.globalresearch.ca/europe-energy-

armageddon-from-berlin-brussels-not-moscow/5792005. F. William Engdahl Global Research, September 21, 2022)

Etwa 45% des Erdgases, das Europa verbraucht, kam von Russland über die Pipelines der Gazprom. Ab September 2021war die Nord-Stream 2 Pipeline fertiggestellt, sie hätte die Lieferkapazität von Nord-Stream 1 verdoppelt. Russland liefert Erdgas nach Europa mit langfristigen Lieferverträgen zu stabilen Preisen. Das verhinderte eine wirkliche Liberalisierung des Gasmarktes in Europa und hielt die Preise nieder, da ja auch die anderen Erdgasförderstaaten, die in bzw. nach Europa liefern, mit den Preisen von Russland konkurrieren mussten, bzw. müssen.

Diese Liberalisierungsbestrebungen haben den Gaspreis schon vor der Ukraine-Krise deutlich in die Höhe geschraubt. Ende 2021 lag der Preis bei rund 148 Euro je Megawattstunde, im langjährigen Mittel bewegte er sich zwischen zehn und 25 Euro. Der Ukraine Krieg und vor allem die Nichtinbetriebnahme von Nord Stream 2 durch Deutschland hat den Preis noch vervielfacht. In der ersten Märzwoche 2022 erreichte der Gaspreis erstmals die Marke von 200 Euro je Megawattstunde. Am niederländischen Handelsplatz TTF (Title Transfer Facility) wurde eine Megawattstunde zeitweilig für 345 Euro gehandelt (7. März 2022). Der Preis für eine kWh Gas hat sich von 2021 bis Oktober 2021 ca. verdreifacht bis verfünffacht – von ca. 5 Cent bis 25 Cent!! Und der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) liegt aktuell im Vergleich zu März 2021 um 455,5 Prozent höher!

Die USA haben als Eckpfeiler ihrer Außenpolitik in Europa seit Jahrzehnten ein Ziel: Sicherzustellen, dass es nicht zu einem deutsch-russischen Bündnis kommt!

Das heißt u.a. auch, dass die russischen Erdgaspipelines den USA seit langem ein Dorn im Auge sind. Es ist kein Zufall, dass nun in beide Nord Stream Pipelines an zwei Stellen Lecks gesprengt wurden.

Bezüglich der Pipelines sagte **US-Präsident Joe Biden** auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Deutschlands Bundeskanzler Scholz am **7. Februar 2022** in New York: *„Wenn Russland die Ukraine angreift ... dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden ihr* (der Pipeline, Anm. d. Red.) *ein Ende bereiten“,* d.h., sie zerstören.

Auf die Frage des Reporters wie er das tun würde, da ja das Projekt unter deutscher Kontrolle steht, sagte Biden: *„Ich verspreche Ihnen, wir werden in der Lage sein, das zu tun.“* (ABC News: https://abcnews.go.com/Politics/biden-meet-german-chancellor-urge-united-front-amid/story?id=82712888)

Die Anschläge auf die Pipelines

sind nur im Interesse der USA-Herrschenden. Sie schlagen zwei Fliegen auf einem Schlag. Sie schwächen massiv die deutsche Wirtschaft bzw. auch die der anderen europäischen Staaten. Sie erschweren bzw. verhindern die Wiederinbetriebnahme bzw. die Inbetriebnahme von Nord-Stream 1 und Nord-Stream 2. Sie schwächen Russland und verhindern bzw. erschweren die Kooperation Deutschlands mit Russland.

Und wie verhält sich Österreich?

Seit vielen Jahren veranlassen die Regierungen – und erst recht die jetzige Regierung samt dem Bundespräsidenten, dass wir bei der EU-Militarisierung mitmachen: sie lassen USA/NATO-Panzer durch Österreich fahren, um an NATO-Übungen in der Slowakei etc. teilzunehmen usw. Sie schicken Bundesheer-Einheiten zu Übungen in die USA, um mit der US-Nationalgarde zu trainieren usw. All das ist mit unserer Neutralität unvereinbar.

Nicht genug damit: am 13. Oktober 2022 beschlossen 15 europäische NATO-Staaten in Brüssel, in Europa unter der Federführung Deutschlands ein neues modernes Luftverteidigungssystem aufzubauen. Der **Vorsitzende des EU-Militärausschusses (EUMC), General Robert Brieger**, ein Österreicher, sagte dazu: *„Die Zeichen stehen auf Aufrüstung, das ist zu begrüßen. Im Sinne der Solidarität muss letztlich jeder Mitgliedsstaat einen Beitrag leisten und davon ist Österreich nicht ausgenommen.“* (ORF, ZIB 1, 13.10.2022).

Das ist ungeheuerlich. Der Militär, der ja auf Österreichs Verfassung vereidigt ist, ignoriert die österreichische Neutralität, verlangt, dass wir aus unseren Steuern Waffen, Waffensysteme und die Kriegspolitik der NATO-EU-Kriegsunion mitfinanzieren.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner will bei dieser Luftabwehr noch auf die Einladung der EU warten. Dann soll es unter – (wieder einmal) deutschem – NATO-EU-Kommando neuerlich gegen Osten gehen.

Ein übles, ja letztendlich tödliches Spiel mit verteilten Rollen

Die Konzerne setzten zur Profitabsicherung zunehmend auf Raub, Mord und Totschlag (siehe z.B. Regenwaldzerstörung in Brasilien), auf Handels- und Wirtschaftskrieg und letztlich auf militärische Kontrolle und Eroberung von Handelsrouten, Rohstoffquellen, ganzer Länder durch Krieg. Umsetzen sollen diese Pläne die Militärs in Washington und Brüssel, in NATO und EU.

Zunehmend diktieren diese Militärstrategien die Politik. Die Politik wiederum soll die Kriegspläne für die Profite der Konzerne der Bevölkerung als

- Kampf um Demokratie und

- notwendiges Opferbringen für die Freiheit verkaufen, wofür wir Sozialabbau, Lohnraub, weniger Lebensstandard, steigende Armut hinnehmen müssten.

General Brieger behandelt Österreich schon als Teil der USA-NATO-EU-Kriegsfraktion im Krieg gegen Russland. Das ist gegen die Verfassung. Ein Militär, der so agiert, müsste vom Bundespräsidenten abberufen werden. Warum geschieht das nicht? Weil der Bundespräsident dieser Bestellung bereits im Vorjahr zugestimmt hat. Seit Mai dieses Jahres ist Brieger in Brüssel im Amt.

Das erklärt auch, warum Van der Bellen im Wahlkampf die Neutralität Österreichs nicht einmal erwähnte. Ungeheuerlich!

Geade in dieser Situation darf nicht noch mehr Öl ins Feuer gegossen werden. Österreich darf nicht bei der EU/NATO-Aufrüstung und bei der Kriegshysterie und Kriegshetze mitmachen oder gar dabei sein. Im Gegenteil: Die immerwährende Neutralität ist im Verfassungsrang und verpflichtet unsere Regierenden dazu, alles gegen die Kriegstreiber in Ost und West zu unternehmen. 90% der Österreicher und Österreicherinnen sind für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs. Dem müssen Regierung, Parlament und Bundespräsident entsprechen!

Anmerkungen:

*Jeffrey Sachs ist Professor an der Columbia Universität, Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung in dieser Universität und Präsident des „UN Sustainable Development Solutions Network“ (SDSN). Er war Berater von drei UN-Generalsekretären und ist derzeit SDG-Berater unter Generalsekretär António Guterres. Der Autor, Wirtschaftswissenschaftler, war in den 1990iger Jahren Berater großer internationaler Organisationen wie IWF, Weltbank und OECD. Er war eine der zentralen Figuren in der wirtschaftlichen Umgestaltung des ehemaligen Ostblocks, d.h. in den westlichen Kapitalismus in den 1990iger Jahren. Ab der Jahrtausendwende wandte er sich dann dem Thema Nachhaltige Entwicklungen zu und war Berater von drei UN-Generalsekretären, zuletzt von Antonio Guterres.

** Narrativ = dieses Wort, das zunehmend in Medien Verwendung findet, wird gerne mit „sinnstiftende Erzählung“ übersetzt. Diese kann aber auch frei erfunden sein – kann also getrost und entlarvender mit Propaganda des jeweiligen Verbreiters bezeichnet werden.

*** General Robert Brieger hat schon lange mit der österreichischen Neutralität nichts am Hut. Seine Auslandserfahrungen sammelte er bei der deutschen Bundeswehr, beim NATO Defense College in Rom, als Kommandant des österreichischen Kontingents der „Militärmission“ im Kosovo, die unter deutschem NATO-Kommando steht, als Kommandant der EUFOR-Truppe in Bosnien-Herzegowina oder plante die österreichische Beteiligung am UN-Einsatz im Tschad. *„Brieger galt als konservativ und national … Beobachter in den Medien gehen davon aus, dass Brieger seine Beförderung durch Mario Kunasek* (FPÖ, Anm. d. Red.) *und die Bundesregierung Kurz I seiner Nähe zur FPÖ verdankt.“ Quelle:* https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Brieger. Die Nominierung Briegers und die Wahl 2021 zum Vorsitzenden des EU-Militärausschusses (EUMC****), wurde von der ÖVP-Grüne-Regierung, vom Bundespräsidenten aber auch von der SPÖ- und FPÖ-Opposition ausdrücklich gelobt und begrüßt. Nur die Neos reagierten verhalten, weil sie überhaupt für eine EU-Armee sind. Das zeigt: alle, ob Regierung oder Opposition, egal was sie in Sonntagsreden sagen, kümmern sich nicht um die Verfassung Österreichs und arbeiten – parteiübergreifend – am Ausverkauf der Neutralität!

**** EUMC besteht aus den Generalstabschefs der EU-Mitgliedsländer, vertreten durch ihre militärischen Repräsentanten, die zumeist in Personalunion bei der EU und der NATO ihr Land vertreten. Der EUMC ist für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verantwortlich und nimmt die militärische Leitung von Operationen wahr (https://de.wikipedia.org/wiki/Militärausschuss_der_Europäischen_Union

Österreichs Neutralität ist jetzt wichtiger denn je!

Von langer Hand geplant

Die US-Pläne, die Ukraine als Aufmarschgebiet der USA gegen Russland zu verwenden, gibt es schon seit 30 Jahren.

Seit der Gründung der Ukraine 1991 finanzieren und trainieren die USA das ukrainische Militär. Und die USA haben nach eigenen Angaben auch den Maidan Putsch 2014 mit 5 Mrd. Dollar finanziert.

Schon im April 2019 hat die RAND-Corporation, ein US-Think-Tank, in einer Studie einen Strategieplan für die USA gegen Russland in Europa ausgearbeitet, der u.a. Wirtschaftssanktionen, weitere Stationierung von atombestückten Raketen bzw. Bombern in Europa und Waffenlieferungen an die Ukraine beinhaltet.

Die RAND-Corporation bezeichnet sich als globale Forschungsorganisation, die „Lösungen für politische Herausforderungen entwickelt". Die Firma beschäftigt 1800 Forscher und andere Spezialisten aus 50 Ländern und hat Standorte in den USA, Europa, Australien usw. Die Firma wird u.a. vom Pentagon, der US-Armee und Luftwaffe, dem CIA und anderen nationalen Sicherheitsbehörden finanziert.

Der Strategieplan vom April 2019 untersucht verschiedene Maßnahmen nach den 3 Kriterien Erfolgswahrscheinlichkeit, Vorteile bzw. Kosten und Risiko nach den Bewertungen hoch, mittel, niedrig!

Die wichtigsten bzw. wirksamsten Maßnahmen gegen Russland sind laut dieser Studie:

Erstens muss Russland auf seiner verwundbarsten Seite angegriffen werden, nämlich auf der Seite seiner stark vom Gas- und Ölexport abhängigen Wirtschaft. Es müssen deswegen Handels- und Finanzsanktionen eingesetzt werden und gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass Europa die russischen Erdgasimporte verringert, indem es sie durch amerikanisches Flüssigerdgas ersetzt. Genau diese Maßnahmen sind von den USA schon von langer Hand eingeleitet worden und seit Russlands Krieg umgesetzt worden!

Zweitens: Militärisch bietet den USA das Aufstellen von mehr strategischen Bombern und neuer nuklearer Langstreckenraketen gegen Russland nahe dessen Grenzen die hohe Wahrscheinlichkeit für Erfolg bzw. einem hohen Nutzen, die Kosten und das Risiko sind niedrig, ergibt die Studie. Genau das ist in den letzten Jahren passiert, in Rumänien und in Polen wurden bereits Raketensysteme installiert. Weiters kreuzen vier US-Kriegsschiffe im Mittelmeer, die mit dem Aegis-System ausgestattet sind, das nicht nur Raketenabwehrraketen, sondern auch nuklear bestückte Marschflugkörper abfeuern kann.

Drittens: Waffenlieferungen an die Ukraine! „Die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine würde die größte externe Verwundbarkeit bedeuten, die in angepasster Weise aus-genutzt werden kann, um die Kosten für Russland zu erhöhen ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren. Aber „jede Zunahme von Waffen und militärischer Beratung durch die USA für die Ukraine sollte sorgfältig kalkuliert werden, um die Kosten für Russland zu erhöhen, ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren, in dem Russland auf Grund seiner Nähe erhebliche Vorteile hätte". Laut der Rand-Corporation Studie ist also die Aufrüstung der Ukraine „Russlands größte externe Schwachstelle".

Alles zitiert aus: Rand-Corporation „Overextending and Unbalancing Russia" (Gegner zu übermäßiger Expansion zu zwingen und ihn zu destabilisieren).
https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html

Die Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung der USA für die Ukraine belaufen sich samt Zusagen, Stand 10. Mai. 2022, auf 42,9 Mrd. Euro, die der EU auf 15,9 Mrd. Euro. (Kronen-Zeitung, 12.06. 2022)

Das gesamte USA-Militärbudget beträgt ca. 740 Mrd. Dollar, das der NATO insgesamt über 1.100 Mrd. Dollar jährlich. Das russische Militärbudget beträgt ca. 61 Mrd. Dollar pro Jahr (Handelsblatt, 22.2.22, Spiegel, SIPRI).

„Bis zum letzten Ukrainer…"

Zur Kriegsstrategie des Westens hatte sich bereits am 24. März Chas Freeman geäußert, ein US-Diplomat, dessen Karriere im Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten in den Jahren von 1965 bis 1995 ihn unter anderem auf den Posten des US-Botschafters in Saudi-Arabien und in eine Spitzenposition im US-Verteidigungsministerium führte. Freeman urteilt, *„alles, was wir [der Westen] tun, zielt offenbar darauf, die Kämpfe zu verlängern, anstatt ihr Ende und einen Kompromiss zu beschleunigen". Das sei „gut für den militärisch-industriellen Komplex";* es bestätige *„unsere negativen Ansichten über Russland"*; es stärke die NATO, und es bringe China in Verlegenheit. Zwar werde dieses Vorgehen zu einer großen Zahl an Todesopfern führen; dennoch fragten sich einige im Westen offenbar insgeheim: *„Was ist so schrecklich an einem langen Krieg?"* Schließlich sei das Ganze – de facto ein Stellvertreterkrieg gegen Russland – für den Westen *„im Wesentlichen kostenfrei"*. Man könne – so Freeman - die Strategie der transatlantischen Mächte so auf den Punkt bringen: **„Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer für die ukrainische Unabhängigkeit."** (zit. nach: www.german-foreign-policy.com; „Bis zum letzten Ukrainer", 19.4.2022)

Ukraine: „Unsere europäischen Werte": 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine

„Die Ukraine ist korrupt – wissen wir, macht nichts, ist ja für die gute Sache. Aber die ärmste und kränkeste Bevölkerung, Land als Drehscheibe der europaweiten Niedrigstlöhnerei und des Zigarettenschmuggels, Weltspitze beim Handel mit dem weiblichen Körper – und mehr Soldaten als jeder europäische NATO-Staat." (*www.nachdenkseiten.de/?p=86079*)

AKWs im Kriegsgebiet sind brandgefährlich – aber nicht nur dort!

Aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben) ging die hoch subventionierte, volkswirtschaftlich völlig unwirtschaftliche und tödliche Atomnutzung für Strom (AKW) hervor.

Durch AKWs wiederum kann spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Ein tödlicher Profit-Kreislauf.

Der Krieg in der Ukraine macht deutlich, wovor wir Atom- und Kriegsgegner*innen von Anfang an warnten: AKWs sind nicht nur schon in Friedenszeiten (siehe die AKW-Unfälle von Windscale/ Großbritannien 1957, Majak/Russland 1957, Harrisburg/USA 1979, Tschernobyl/Ukraine 1986, Tokaimura/Japna 1999, Forsmark/Schweden 2006,Tricastin/Frankreich 2008 oder Fukushima in Japan 2011) eine enorme Gefahr für Gesundheit und Leben der Menschen, sondern noch mehr in Kriegen, wo sie zu Angriffszielen werden.

Das gilt jetzt nicht nur im Krieg in der Ukraine, sondern auch für überall auf der Welt, wo AKWs stehen – sie sind so oder so tickende Zeitbomben, ihr Durchschnittsalter ist 30 Jahre. Viele AKWs sind älter und in einigen Ländern sollen die Laufzeiten auf bis zu 60 Jahre (so jetzt in Japan geplant) verlängert werden, obwohl die ursprüngliche Laufzeit auf 25 – 30 Jahre ausgelegt war. Man denke nur weiter: rund um Österreich stehen AKWs. In Europa (ohne die Kaukasusstaaten, inklusive Russland und der Türkei) sind (Stand: Jänner 2020) 73 Kernkraftwerke in 17 Ländern mit 183 Reaktorblöcken am Netz. Allein in ‚Frankreich stehen 52 Reaktoren, wobei derzeit ca. die Hälfte wegen Servicearbeiten und zu niedriger Wasserführung der Flüsse (auch eine Risikoquelle) nicht am Netz sind. 14 Reaktorblöcke in acht Ländern sind in Bau. 111 Reaktorblöcke in 14 Ländern sind stillgelegt. In mehr als der Hälfte der der 27 EU-Länder (14) gibt es keine AKWs.

Das größte AKW Europas mit 6 Atommeilern steht in Saporischschja in der Ukraine, was erst im Zuge des Krieges von den Medien ins öffentliche Bewusstsein gerückt wurde, weil es in die Kriegspropagandaschiene passt. So erfuhr man nebenbei, dass in Saporischschja vor allem für die EU statt für die eigene Bevölkerung Strom erzeugt wird.

Zudem zeigt der Krieg in der Ukraine und die Einbeziehung von AKWs in Kriegshandlungen deutlich, dass AKW-Strom – abgesehen von der radioaktiven Gefährdung – auch so keine Alternative zu Gas ist – egal ob aus Ost oder aus West!

Während also die EU beim Ukraine-Krieg beim dortigen AKW Risikobewusstsein heuchelt, sollen die tickenden AKW-Bomben in der EU weiter betrieben und weitere Investitionen, also Atomprofite, durch die EU-Taxonomieverordnung auf Kosten von Gesundheit und Leben der EU-Bevölkerungen ermöglicht werden. *(Siehe auch den Kasten zu EURATOM und IAEA sowie unseren Artikel zur Taxonomie auf unserer Homepage:www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF_FB_17-2-22_endf.pdf, bzw. in unserer Print-Aussendung 1/2022 bzw. AKWs als „Brückentechnologie an anderer Stelle in dieser Ausgabe.*

Auch die FPÖ, die sich ja gerne als Atomgegnerin unter den Leuten Stimmen fischen geht, entlarvt sich: so hat zuletzt FPÖ-Hofer sich anlässlich der Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh für „Klein-AKWs“ (SMR) im Interesse der österreichischen Industrie ausgesprochen.

Österreich hat die Atomnutzung per Volksentscheid vor 44 Jahren abgelehnt und per Gesetz verboten. Daher endlich: Österreich raus aus EURATOM, der Atom(waffen)agentur der EU und raus aus der IAEA, der Atom(waffen)agentur der Konzerne und Atomwaffenstaaten

Krieg ist der größte Killer für Mensch, Umwelt und Klima! Ohne Frieden ist ein gutes Leben für alle, ist Umwelt- und Klimaschutz nicht möglich. Ohne einer nicht auf Profit ausgerichteten Solidarwirtschaft ist Frieden und damit soziale Gerechtigkeit nicht möglich.

(Quellen zu den AKW-Zahlen: pris.iaea.org, World Nuclear Power Reactors & Uranium Requirements. Wikipedia, enu.at, global2000.at)

EURATOM und IAEA

Seit 44 Jahren haben wir – auch ein gesetzlich verankertes – Verbot der Atomenergienutzung in Österreich. Für EURATOM zahlten wir in dieser Zeit Millionen, ohne dass wir Einfluss nehmen konnten trotz Mitgliedschaft. Das Gleiche gilt für die IAEA, der wir auch noch als neutraler Staat das Siegel der "Unabhängigkeit und Neutralität" seit ihrer Gründung verleihen. Beide, EURATOM und IAEA, haben ausdrücklich die Nutzung der Atomenergie in den Statuten bzw. die Entwicklung einer starken Atomindustrie in ihren bislang nicht geänderten Gründungsdokumenten verankert. Und obwohl wissend, dass z.B. die IAEA auf Betreiben der USA sich als "unabhängige" Agentur UNO-Agentur gibt, gegründet mit der Propagandalüge des US-Präsidenten Eisenhower mit dem sog. "Atoms for Peace"-Programm (1953) - so als gäbe es eine "friedliche Atomnutzung". Wir wissen ja, dass AKWs aus der Atombombennutzung hervorgingen und AKWs dazu benutzt werden (können), um atomwaffenfähiges Material herzustellen.

Siehe dazu nicht nur den Iran (davon erfahren wir, weil es den USA ins geopolitische Konzept passt), sondern auch z.B. Israel (das nicht einmal den lahmen sog. Atomsperrvertrag unterzeichnet hat), ganz zu schweigen von allen Atomwaffenstaaten. Warum wohl haben z.B. allein in Europa Großbritannien und Frankreich so ambitionierte "friedliche" Atomprogramme und wurde in der EU, insbesondere auf Betreiben Frankreichs, die sog. Taxonomie-Verordnung erlassen, die Atomenergie (und in Abtausch Frankreich-Deutschland) Gas als "grüne" Energie für Konzerne als "erneuerbar" mit EU-Milliarden aus unser aller Steuergelder förderbar gemacht haben? Denen allen liegt nicht unser Wohl, sondern die Atomwaffenproduktion und die seit mehr als 60 Jahren staatlich enorm geförderten Atomstromprofite am Herzen, was genau die Umstellung und Umleitung von Finanzmitteln zu erneuerbaren Energien verhindert

Klimakatastrophe

AKW's sind keine „Brückentechnologie"!

Tödlicher Schmäh vom grünen Atomstrom und von „smarten" Atomreaktoren (SMRs – Small Modular Reaktor)

Das Gerede von den AKWs als „Brückentechnologie" oder die jetzt gerade im Zusammenhang mit der Klimakonferenz in Ägypten propagierten SMR-AKWs, dienen nur zur Schönfärbung der Atomindustrie, Verunsicherung oder Vereinnahmungsversuch der Klimaschutzbewegung, jedenfalls dazu, die Laufzeitverlängerungen von AKWs oder die Verlängerung des tödlichen Atomprofitgeschäfts zu erreichen.

Deshalb ist der vom Weltklimarat oder jüngst auch von Greta Thurnberg angesprochene Weg, die Atomstrom als „kleineres Übel" auf dem Weg zur Klimaneutralität zu bezeichnen falsch, weil

- tausende Jahre radioaktiv strahlend für Gesundheit und Leben gefährlich bis tödlich (Umgebungsstrahlung, Transport von Atommüll, Super-GAU-Unfälle)
- wirtschaftlich fatal, da die höchst subventionierte Atomstromindustrie Geld für den Ausbau von erneuerbaren Energien bindet und somit weiter verhindert
- Atomstrom die teuerste Energie ist – schon jetzt. Überdies zahlen wir Jahrtausende für die Lagerung des hochradioaktiven Atommülls. Geld, das durch die Atomprofitmacherei einiger weniger künftigen Generationen für den Kampf gegen die Klimakatastrophe und für eine sozial gerechte Welt dauerhaft entzogen wird.
- die von der Atomlobby propagierten SMRs, die radioaktive Gefährdung quasi direkt in jeden Haushalt „liefern". Zudem sind die SMRs eine Uraltidee aus den 1950er Jahren, wo man schon damals AKWs wegen der „kurzen Wege" am liebsten gleich in Wohngebieten errichtet hätte. Außerdem sind SMRs „bestenfalls" im Entwicklungsstadium.
- mit der Propaganda, dass Atomstrom klimaschonend sei, weiter verschleiert wird, dass die Atom(strom)programme der Atomwaffenrüstung dienen

Rückwärts in die Katastrophe

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Professorin an der Leuphana Universität in Lüneburg.
Sowohl die Reaktivierung von Kohlekraftwerken als auch die Verlängerung der Betriebszeiten von AKWs, ja viel mehr noch ihre Neuplanung und Errichtung klassifiziert sie als rückwärts-gewandte Energiepolitik.

Wenn von einer Laufzeitverlängerung der AKWs gesprochen wird, verschleiert man dabei, dass in Deutschland seit 2019 keine sicherheitstechnischen Überprüfungen mehr durchgeführt wurden, da ja ein Ausstieg aus der Atomenergie angekündigt worden war. Der Fristenlauf für Betriebsgenehmigungen würde allein so lange dauern, dass eine Rückkehr zu dieser Energieform sicher keine Option für die Lösung der derzeitigen Energiekrise darstellt.

Die Zukunft liegt eindeutig im Ausbau erneuerbarer Energiequellen und vor allem im Nutzen enormer Energiesparpotentiale.

(Zusammenfassung eines Artikels in „Politik Forum“)

LESERBRIEF:

Folgen des Klimawandels

Der neue Präsident Kolumbiens, Gustavo Petro, hat vor der UN-Vollversammlung 2022 u.a. folgendes zum Klimawandel gesagt:

„Die Klimakatastrophe wird Hunderte von Millionen von Menschen töten, und hören Sie gut zu, sie wird nicht vom Planeten verursacht, sondern vom Kapital. Die Ursache der Klimakatastrophe ist das Kaptal. Die Logik des Wirtschaftens mit dem Ziel, immer mehr zu konsumieren, immer mehr zu produzieren und für einige immer mehr zu verdienen, erzeugt die Klimakatastrophe. Sie haben sich an die Logik der erweiterten Akkumulation, die Energiemotoren von Kohle und Öl, angeschlossen und den Orkan entfesselt: die immer tiefere und tödlichere chemische Veränderung der Atmosphäre. In einer Parallelwelt ist die erweiterte Akkumulation des Kapitals eine weitere Akkumulation des Todes.“

Eingeschickt von: DI K. H. Hinrichs, Stmk., Umwelt- und Friedensaktivist)

11 % Teuerung und Übergewinne

Groß hat die Regierung die Besteuerung von Übergewinnen beworben. Doch was ist dran?

Die Bevölkerung wird mit Einmalzahlungen abgespeist, die bei weitem die gestiegenen Energie-, Mietpreise usw. und die Inflation nicht abdecken. Oft machen die Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs bis zu 20% und 40% gegenüber dem Vorjahr aus! Gleichzeitig werden Energiekonzerne, insbesondere Verbund, ebenso andere Strom- und Energielieferanten und ganz besonders die OMV geschont. Allein die OMV machte in den ersten drei Quartalen dieses Jahres doppelt so viel Gewinn wie im Vorjahr, nämlich 9 Mrd. Euro.

Nach der Vorstellung des Umfangs der „Übergewinn-Besteuerung“ durch die Regierung sind aber die Aktien z.B. des Verbundes gestiegen! Die Aktionäre sind zufrieden, weil die Besteuerung viel niedriger als befürchtet ausgefallen ist und sie am Ende viel mehr als in den vergangenen Jahren an Dividenden einstreifen. Das gilt im Strombereich nicht nur für den Verbund, sondern auch für alle anderen privaten Stromlieferanten von den Klein-kraftwerken bis zu den Solar- und Windenergielieferanten, deren Preise ja schon jetzt von der Bevölkerung über die Ökostromabgabe viele Jahre gestützt wurden. Und jetzt, wo die Strompreise explodieren, haben sie die von der Masse der arbeitenden Menschen durch die „Ökostromabgabe“ bezahlte, für sie bislang supergünstige staatliche Preisregelung verlassen und verlangen von den Kund*innen auf einmal den horrenden, rein spekulativen Marktpreis. Aber auch viele andere Energie-, Lebensmittel- und andere Lieferanten haben im Windschatten dieser Börsenspekulationen die Preise extrem angehoben.

Für den Öl- und Gaskonzern OMV gilt eine noch günstigere Regelung, bei der überhaupt nur 5% des weltweiten OMV-Gewinns betroffen sind und zu dieser Besteuerung herangezogen werden. Das zahlt die OMV aus der Portokassa. Große Teile der Bevölkerung hingegen wissen nicht mehr wie sie ihre notwendigsten Kosten decken sollen.

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen schaute das „Angebot“ der Unternehmer so aus, dass sie im Schnitt rund 4% Gehaltserhöhung, die Einrechnung der bisherigen Einmalzahlungen der Regierung und auch selbst Einmalzahlungen statt mehr Gehaltserhöhung für die Beschäftigten vorschlugen. Eine mehrfache Frechheit:

- 4% „Angebot“ bei 11% Inflation
- Die Industrie wurde und wird wegen Corona und Energiekosten mit Milliarden gefördert. Die Übergewinne und Boni der Konzerne, Bosse und Manager bleiben fast unangetastet.
- Wird die Industrie trotz Übergewinnen gefördert woll(t)en die Unternehmer die Corona- und Energiehilfen der Regierung für die Bevölkerung bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen abziehen und zum Teil oder ganz durch Einmalzahlungen ersetzen.
- Einmalzahlungen der Unternehmer sind für Arbeiter und Angestellte ein großes Verlustgeschäft.

So extrem ist die Wirkung von Einmalzahlungen:

> ***„Eine Bahnangestellte, die 2.000 Euro verdient und 1.000 Euro Einmalzahlung akzeptiert, verliert aufs Leben gerechnet über 40.000 Euro.“*** (Barbara Blaha, Momentum Institut, anlässlich des Eisenbahner-Warnstreik, ZIB2, 29.11.2022)

Kein Wunder, dass in einigen Branchen gestreikt oder Streiks angekündigt wurden. Die Teuerung ist offiziell bei 11%. Die reale Teuerung ist wie gesagt viel höher. Nicht Lohn- und Gehaltsforderungen treiben die Preise („Lohn-Preis-Spirale“) wie Konzerne, „Wirtschaftsforscher“ Regierung und Medien Stimmung machen. In Wirklichkeit treiben Spekulation und Profitmacherei („Übergewinne“) Inflation und damit Preise an – also eine Gewinn-Preis-Spirale. Die Profite der Unternehmer will die Regierung keinesfalls bekämpfen.

Die Gewerkschaften haben zwischen 7% und 15% mehr Lohn/Gehalt verlangt. Herausgekommen sind im Schnitt zwischen 7% und 10%. Das ist ein realer Kaufkraftverlust, betrachtet man die Inflation!

Mehr Lohn- und Gehaltserhöhungen wären möglich gewesen, denn die Unternehmer sind auf die arbeitenden Menschen angewiesen. Trotz zunehmendem Arbeitskräftemangel, wollen die Chefs und Manager so wenig wie möglich bezahlen und treiben die Arbeitsverdichtung weiter.

Die Gewerkschaftsspitzen lassen sich von der „Sozialpartnerschaft“ einlullen und verlangen nur ein Plus zur sogenannten „rollierenden“ offiziellen Inflationsrate der letzten 12 Monate gerechnet ab KV-Verhandlungsbeginn – zum Schaden der arbeitenden Menschen. Denn nächstes Jahr werden die Konzerne noch weniger als heuer hergeben wollen und noch mehr mit dem Wirtschaftskollaps drohen.

Außerdem: Was die Regierung aus dem Budget den Konzernen und Großbauern an Corona-Förderungen und jetzt Energiekostenzuschüsse in Milliardenhöhe auszahlt(e), und die Einmalzahlungen die die Regierung gnadenhalber für die Bevölkerung hergibt, all das haben <u>nicht</u> die Unternehmer, Manager und Bosse, sondern die Beschäftigten in den Betrieben erarbeitet und über ihre Steuerzahlungen zu 80% und mehr via Budget den Firmen und sich selbst bezahlt!

Kaum gibt es Warnstreiks, heißt es gleich von Unternehmerseite und ihren Medien, dass die Allgemeinheit darunter leide. Doch von Protest und Streiks haben auch die jeweils nicht unmittelbar Betroffenen einen Vorteil für ihr Einkommen. Denn durch die erzeugte Beispiels- und Sogwirkung, um die Beschäftigten im Betrieb zu halten, kommt es auch in anderen Branchen zu höheren Abschlüssen.

Von „Sozialpartnerschaft“ halten die Bosse schon lange nichts mehr, sie dient den Unternehmern nur als eine Beruhigungspille für die SPÖ-, ÖGB- und AK-Oberen. Wirklicher Protest und Streiks sind immer nötiger, um tatsächlich Verbesserungen zu erreichen.

COP27-Klimakonferenz – Klimaprotest

Wie recht die weltweite Klimaschutzbewegung hat, die zuletzt in Österreich am 23. September auf die Straße ging, zeigen die „Ergebnisse“ des „Klimagipfels“ in Ägypten. Profit geht vor Klimaschutz. Das hat die Konferenz neuerlich gezeigt. Die Industrieländer, die für den Großteil der schädlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, wollen für die verursachten Schäden weder Maßnahmen setzen, noch die Schäden, die sie in der 3. Welt verursacht haben, abgelten. Seit 2009 wird den Ländern der 3. Welt versprochen, dass sie jährlich 100 Milliarden Dollar zur Behebung für die von den Industrieländern verursachten Klimaschäden und für Investitionen in nachhaltige Maßnahmen und erneuerbare Energien erhalten werden. Bekommen haben sie bisher in Summe nur 83 Milliarden Dollar. Bei Rüstung und Krieg hingegen spielt Geld keine Rolle, ebenso bei den Super-Profiten der Konzerne. Nur für Rüstung werden z.B. allein von den USA 1.000 Milliarden Dollar in einem Jahr ausgegeben, weltweit fast 2.000 Milliarden Dollar. Das ist in einem Jahr doppelt so viel wie den Ländern der 3. Welt für die Bekämpfung der Klimakatastrophe in 10 Jahren versprochen wurde. Und Krieg ist der größte Menschen- und Klimakiller! Aber die Herrschenden halten daran fest: Profit geht vor Klimaschutz. Daher ist Widerstand weiterhin mehr als notwendig. Ohne Systemänderung wird die Klimakatastrophe immer wahrscheinlicher.

Kapitalismus bedeutet Armut, Umweltzerstörung, Klimakatastrophe und Krieg.

Nur eine nicht auf Profit, sondern auf Gemeinwohl ausgerichtete Wirtschaft und Politik kann Sozialstaat, Klimaschutz und Frieden erreichen und bewahren.

Das Bild stammt vom Klimaprostest in Wien. Wir haben uns daran mit unserem Flugblatt beteiligt (siehe: www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/10/FB_Klima_23.9_endf_Druck.pdf).

KLIMAKATASTROPHE

Die kapitalistische Profitwirtschaft verursacht unter anderem Arbeitsstress, Lohndumping, Arbeitslosigkeit, Armut, Krieg und Flucht, Sozialabbau, Demokratieabbau und Klimakatastrophe.

Das Profitsystem ruiniert nicht nur unsere Gesundheit, es vergiftet unser Wasser, unsere Luft, unsere Erde. Die großen Konzerne, die 1% Superreichen und ihre Handlanger nehmen für ihre Profite in Kauf, dass die Lebensgrundlagen der Menschen auf der ganzen Welt zerstört werden, dass die Umwelt, das Klima zerstört werden wie sich auch 2022 mehr denn je in Österreich gezeigt hat. Im Übrigen erhalten die großen Konzerne von den Regierungen Milliarden und verdienen weitere Milliarden am Geschäft mit der Verschmutzung. Wir haben jeden Grund Angst zu haben um unsere Zukunft.

Es ist eins vor zwölf

Große Teile der Bevölkerung auf der ganzen Welt, vor allem junge Menschen, wollen die Klimakatastrophe nicht mehr hinnehmen und **leisten massiven Widerstand. Schließen wir uns alle zusammen. Das ist unsere Chance.**

Statt Zerstörung unseres Planeten durch Profitgier, Ausbeutung und Krieg, Über- und Wegwerfproduktion, Vergeudungswirtschaft, Großkonzerne und Industrielobbys, profithörige Regierungen **Klimaschutz** durch: Wirtschaften für – nicht gegen die Menschen, bedarfsorientierte Produktion, Erzeugung langlebiger Produkte, achtsamer Umgang mit den Ressourcen, Entmachtung unwilliger und unfähiger Wirtschaftsmanager und Politapparate, Ausstieg aus fossilen Energien und Atomkraft, Umverteilung von Reich zu Arm. Das braucht Solidarität und Widerstand.

Diese Erde ist unser aller Erde. Wir haben nur diese eine!

Diese Welt ist unser aller Welt, überlassen wir sie nicht mehr dem Profitstreben der 1% Superreichen, nehmen wir ihnen die Welt aus der Hand. Nur dann gibt es ein menschenwürdiges Weiterleben auf diesem Planeten!

Krisen und ihre Folgen: Pandemie, Krieg

Der Ukraine-Krieg dient den Regierungen ebenso wie die Pandemie dazu, den Klimaschutz zu verschieben. Zu wenig Geld sei dafür da, aber Kohle, Atom etc. seien unverzichtbar. Das Klima soll warten. Die Umsätze der Konzerne dürfen nicht leiden, sie steigen sogar. Und der Staat hilft mit unseren Steuern.

Ukraine-Krieg:

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab.

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen. Beide Seiten müssen einen Waffenstillstand sofort

---

EuGH entscheidet für Ausbau des AKW Paks

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied gegen die Klage Österreichs, dass die EU-Atomförderung für den Ausbau des ungarischen AKW Paks EU-konform sei. Ähnlich hat der EuGH schon beim britischen Atomausbau in Hinkley Point entschieden. Großbritannien ist nicht mehr bei der EU, Paks wird v.a. von Russland ausgebaut. Ob Brexit oder Krieg, der Atomprofit muss weiter fließen – für tödlichen Atomstrom und für tödliche Atomwaffen. So viel zum „friedlichen Atom“ und zum „friedvollen“ Westen.

Die Atommafia geht über Leichen. Nein zur Atommafia in West und Ost.

Eine Gesetzesnovelle des US-Kongresses öffnet die Schleusentore für Kriegsprofiteure und einen großen Bodenkrieg gegen Russland

Geht es nach den Plänen der mächtigen Führer des Wehrdienstausschuss des US-Senates, den Senatoren Jack Reed (Demokratische Partei) und Jim Inhofe (Republikanische Partei), wird der US-Kongress in Kürze eine Notstandsermächtigung in Kriegszeiten beschließen. Diese Gesetzesnovelle sieht vor, dass das amerikanischen Verteidigungsministeriums (Pentagon) noch viel größere Rüstungsreserven für den Kriegsfall anlegt. Die Gesetzesnovelle soll noch dieses Jahr verabschiedet werden, d.h. Gesetz werden.

Die Gesetzesnovelle, so heißt es, soll dazu dienen, die Waffen, die die USA in die Ukraine geschickt hat, zu ersetzen, doch diese Wunsch-Liste bzw. das Ausmaß der Waffen die das Pentagon bestellen will und die Waffenindustrie produzieren wird, weist auf etwas anderes hin.

Wenn die Reed/Inhofe-Liste wirklich bedeutet, dass die USA die Waffenvorräte, die sie in die Ukraine liefert, ersetzen will, wieso übertrifft die Menge der Waffen auf der Liste die Menge der in die Ukraine gelieferten Waffen um ein Vielfaches?

Machen wir den Vergleich:

1) Die USA hat der Ukraine bis jetzt 38 Himar Raketen Systeme geliefert. Die zwei Senatoren planen nun 700 dieser Systeme mit 100.000 Raketen beim Rüstungskonzern Lockheed zu bestellen. Kosten: 4 Milliarden Dollar.

2) Von einer weitere Artillerie-Waffe, der M777 155 mm howitzer, von der die Ukraine bis jetzt 142 Stück erhielt, planen die Senatoren 1.000 Stück bei der Firma BAE System zu bestellen. Kosten: 3,7 Milliarden Dollar.

3) MGM -140 ATACS Raketen sollen 6000 Stück bestellt werden, 10-mal mehr als die USA überhaupt je verwendet hat. Kosten: 600 Millionen Dollar.

4) 20.000 Stinger Boden-Luft Rakete Flugabwehr-Raketen der Firma Ratheon. Die Ukraine erhielt bis jetzt 1.400 Stück. Kosten: 2,4 Milliarden Dollar.

5) Weiters sollen 1.000 Boeing Harpoon missiles und 800 Kongsberg Naval Strike Missiles. Kosten zusammen 3,2 Milliarden Dollar, bestellt werden.

6) Patriot Luftabwehrsysteme (Raketenwerfer) – eines kostet ca.1 Milliarde Dollar, die USA werden 30 Stück bestellen. Dazu 10.000 Patriot Rakete - Kosten mit den Raketenwerfern ca. 30 Milliarden Dollar.

Das macht in Summe Kosten von ca. 43,9 Milliarden Dollar.

Mark Cancian, ein US-Militäranalyst und Ex-Marine Colonel, sagte dazu:
„Das ersetzt nicht, was wir der Ukraine geben. Es heißt vielmehr Vorräte für einen großen Bodenkrieg für die Zukunft anzulegen. Das ist nicht die Liste, die man für China verwenden würde. Für China brauchen wir eine ganz andere Liste.“

Die Autoren des Artikels: ***„Das Pentagon hat diese Vorratspläne für einen Krieg in vollem Umfang zwischen den USA und Russland. Wenn diese Pläne je umgesetzt werden und nicht einen sofortigen Nuklear-Krieg auslösen, der das Ende der Welt bedeutet, dann brauchen diese Pläne sehr große Mengen Spezial-Waffen, und das ist der Zweck der Reed-Inhofe Gesetzesnovelle von den riesigen Waffenarsenalen“.***

Laut den Autoren belaufen sich die budgetierten Ermessensausgaben des US-Verteidigungsministeriums und die anderen sich aufs Militär bzw. Sicherheit beziehenden Ausgaben im Budget in den USA schon im nächsten Jahr auf 2/3 des Gesamtbudgets der USA, das sind ca. 3.000 Milliarden pro Jahr!

Quelle:
https://www.other-news.info/congressional-amendment-opens-floodgates-for-war-profiteers-and-a-major-ground-war-on-russia/

Congressional Amendment Opens Floodgates for War Profiteers and a Major Ground War on Russia 14. November 2022 By Medea Benjamin and Nicolas J. S. Davies (*) In: "OTHER NEWS", aus dem Englischen übersetzt.

16 Milliarden für das Bundesheer – wofür?

Während für die Linderung der Inflation seitens der Regierung angeblich die Einmalzahlungen ausreichen sollen, bekommt das Bundesheer allein bis 2026 jedes Jahr immer mehr Milliarden. 16 Milliarden Euro in Summe.

16 Mrd. Euro bekommt das Bundesheer also bis 2026. Wofür? Nicht für die Neutralität Österreichs, sondern zur Einbindung Österreichs in die EU-NATO-Kriegsaufrüstung. So will Verteidigungsministerin Klaudia Tanner entgegen der Neutralität Österreichs unter anderem am von Deutschland geführten NATO/EU-Luftabwehrsystem der EU-NATO-Staaten mitmachen. Nicht die Nichtteilnahme daran „gefährdet“ unser Land, sondern genau das, die Teilnahme daran würde Österreich erst zu einem möglichen Angriffsziel machen!

Bei Löhnen, Pensionen, Bildung, Gesundheit, Pflege, wird eingespart und gekürzt. Deshalb gehen zurecht immer mehr Menschen auf die Straße oder streiken. Für Aufrüstung und Krieg ist Geld in Hülle und Fülle da, der Sozialstaat wird ausgehungert.

Nein! Löhne rauf, Preise runter, Vermögen und Profite dauerhaft und höher besteuern! Nein zum Krieg, Ja zur Neutralität, Waffenstillstand sofort!

Bericht von unserem Auftreten am 26. Okt. 2022 – Tag der Neutralität

Unsere Neutralität – unsere Sicherheit

www.unsere-neutralität.at

Am Nationalfeiertag, dem am 26.Oktober 2022, dem Tag der Erklärung der immerwährenden Neutralität Österreichs (1955), haben wir in Wien beim Volksgarten vor dem Eingang zum Heldenplatz einen Info-Stand und unsere Flugblattverteilaktion veranstaltet und bei einer Kundgebung vor dem Parlament für die Neutralität, und gegen die Kriegshetze, gegen das Hineinziehen Österreichs in den Krieg, gegen Kriegstreiber in Ost und West gesprochen. Beim Flugblattverteilen und bei unserem Info-Stand, wo der offene Brief unterzeichnet werden konnte, führten wir auch viele Gespräche. Dabei war die überwiegende Mehrzahl der Menschen für die Neutralität und lehnte die Haltung der Regierung ab, die von der Neutralität zwar immer wieder spricht, jedoch andauernd neue Maßnahmen trifft, die mit der Neutralität nicht vereinbar sind. Neben den vielen geführten Diskussionen haben wir auch 2.500 Flugblätter verteilt und wieder neue Unterstützer*innen gewonnen. Viele waren froh, dass wir hier öffentlich auftreten und meinten es sollte viel mehr und größer für die Neutralität eingetreten werden.

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralität.at

Bitte unterstützt und verbreitet diesen OFFENEN BRIEF. Unterstützungserklärung unter Angabe von Namen, Beruf (Tätigkeit), Betrieb, Funktion, E-Mail-Adresse bitte an: **ggae@gmx.at**

System Change, not Climate Change.
Solidarwirtschaft statt Profitwirtschaft!
Unsere Stärke: Solidarität.

Unsere Chance: Widerstand!

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Insbesondere durch unser Auftreten gegen den Krieg und für die Neutralität sind uns dieses Jahr zusätzliche Kosten entstanden.

Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen

*„Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

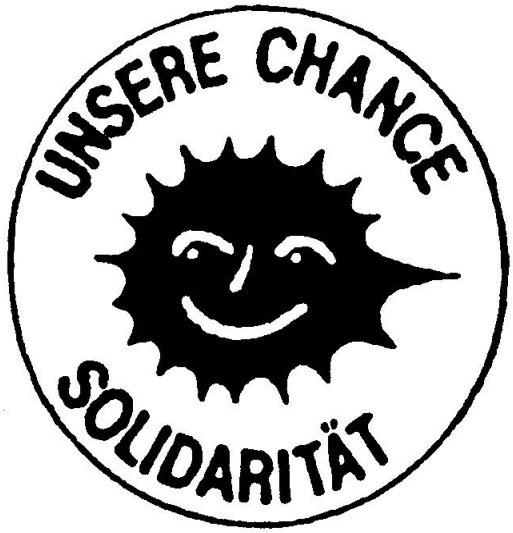
Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC**:** BAWAATWW; **Empfänger*in:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

---



Wir wünschen erholsame Feiertage und alles Gute für 2023!

Mit kollegialen Grüßen

*Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida

Österreichische Post AG
SP 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:
www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum/